

1 ANTRAG zum Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD am 5. Juli in Würzburg

2 Antragsteller: Initiativantrag des Bezirksvorstandes Unterfranken

3

4 **Fracking: Gefahr nicht Chance**

5 **Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat Vorrang**

6 **Mit Wasser gefährdenden Chemikalien darf es kein Fracking geben.**

7 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD möge beschließen:**

8 Wir lehnen „unkonventionelles“ Fracking weiterhin ab. Wir wollen mehr Umweltschutz und einen Ausbau der
9 Erneuerbaren Energien. Statt auf gefährliches Fracking zu setzen, wollen wir in neue Methoden wie etwa
10 Methanisierung investieren.

11 Wir sind davon überzeugt, dass die Debatte über das „unkonventionelle“ Fracking europäisch und global geführt
12 werden muss. Gerade in den USA wird darin eine Lösung gesehen, um unabhängiger von anderen Staaten zu
13 werden. Weniger Import, mehr Export von Gas ist das Ziel. Dahinter steckt ein harter Kampf um Zugänge und die
14 Macht einzelner Staaten über fossile Ressourcen.

15

16 Begründung:

17 Die weltweiten Öl- und Gasvorräte gehen zur Neige. Um keine Versorgungslücken entstehen zu lassen, werden
18 neue Methoden getestet oder verwendet. Dazu zählt auch das sogenannte „unkonventionelle“ Fracking.

19 Wir unterstützen die Parteien, die in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt hat, dass die gesetzlichen Anforderungen
20 von „Fracking“ deutlich verschärft werden. Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang.
21 Umwelttoxische Substanzen dürfen beim Fracking nicht zur Anwendung kommen. Gerade die Risiken des sog.
22 „unkonventionellen“ Frackings bei der Schiefergasförderung sind zurzeit nicht abschätzbar. Eine kommerzielle
23 Nutzung dieser Technologie kommt vor diesem Hintergrund bis auf Weiteres nicht in Betracht.

24 Dieser Weg ist rückwärtsgewandt. Wir stehen für die Energiewende, die sich neben der Stromversorgung auf alle
25 Bereiche der Energieversorgung bezieht. Diese muss vor allem vor Ort vorangebracht werden.

26 Deshalb kritisieren wir in diesem Zusammenhang die CSU-Staatsregierung. Statt Weichen für die Zukunft zu
27 stellen, ist die CSU gegen jeden Fortschritt. Dies betrifft die neue Regelung der Onshore Windenergie (10 H
28 Regelung), Ausbau der Netze, etc.

29 Vor einer Genehmigung muss zweifelsfrei geklärt werden, dass die Beschaffenheit des Wassers nicht verändert
30 wird. Solange dies nicht der Fall ist, muss Fracking mit gefährlichen Chemikalien zum Schutz der Bevölkerung
31 und der Umwelt vor den damit verbundenen Risiken grundsätzlich verboten werden. In
32 Trinkwasserschutzgebieten muss Fracking grundsätzlich verboten werden.

33

34 Ein aktuell debattiertes behördlich und wissenschaftlich begleitetes Probevorhaben kann erst dann durchgeführt
35 werden, wenn Fracking ohne wassergefährdende Stoffe möglich ist. Aber erst dann. Ein solches Vorhaben
36 müsste dann von einem intensiven öffentlichen Beteiligungsprozess begleitet werden, es würde unser Wissen

37 über die Auswirkungen von Fracking deutlich erhöhen und neue Entscheidungen in alle Richtungen ermöglichen.
38 Im Lernprozess sind wir noch eher am Anfang als am Ende. Zur Eile besteht weiterhin keine Notwendigkeit.

39 Fracking ist ein Verfahren, mit dem Erdgas aus tiefen unterirdischen Gesteinsschichten erschlossen werden
40 kann. Dabei wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem hydraulischen Druck in das
41 Gestein gepresst. Dadurch wird Gas freigesetzt, das durch Bohrleitungssysteme an die Oberfläche gelangt. Ein
42 Teil der Chemikalien verbleibt hierbei im Gestein. Es kann bislang nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden,
43 dass dadurch das Trinkwasser verseucht wird.

44

45 Im Koalitionsvertrag heißt es hierzu: „Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich
46 noch nicht hinreichend geklärt. Der Einsatz umwelttoxischer Substanzen zur Aufsuchung und Gewinnung
47 unkonventioneller Erdgaslagerstätten wird abgelehnt. Über Anträge auf Genehmigung kann erst entschieden
48 werden, wenn die nötige Datengrundlage zur Bewertung der Risiken vorhanden ist.“

49

50 Insbesondere die Umweltrisiken werden kritisch gesehen. Diese wurden 2012 durch
51 das Umweltbundesamt begutachtet. Das Gutachten betont eine unsichere Datenlage, was sich bis heute nicht
52 geändert hat. Weiterhin wird eine standortspezifische Risikoanalyse vor Bohrbeginn und ein Verbot von
53 Bohrungen in Trinkwasserschutzgebieten empfohlen.

54

55 Das Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel kommt in einer Studie zu den Auswirkungen der Fracking-
56 Technologie auf die globalen Energiemärkte und die zukünftige Klimapolitik zu dem Ergebnis, dass eine
57 Verbesserung der Unabhängigkeit der europäischen Energieversorgung und direkt sinkende Energiepreise durch
58 Fracking in Europa nicht zu erwarten sei, da der Rückgang der konventionellen Förderung wesentlich größere
59 Versorgungslücken reiße als dies durch die eigenen Reserven aufgefangen werden könnte.

60

61 Das heißt: Fracking in Schiefergestein ist nicht die Lösung für eine sichere Energieversorgung in der Zukunft,
62 sondern aktuell noch ein großes ökologisches Risiko. Eine Neuausrichtung unserer Energiepolitik muss uns
63 vielmehr weg von fossilen Brennstoffen führen - unabhängig davon, woher sie kommen. Das ist nicht nur ein
64 Gebot des Klimaschutzes, sondern macht uns auch unabhängiger von Importen.

65

66 Auch die Umweltminister von Bund und Ländern haben sich gegen Fracking in Deutschland ausgesprochen. „Wir
67 sind uns einig, dass die Förderung unkonventioneller Gasvorkommen mit Fracking, also mit Chemie und hohem
68 Druck, kein ökologisch vertretbarer Weg ist“, erklärte der baden-württembergische Umweltminister Franz
69 Untersteller (Grüne) nach der Ministerkonferenz Anfang Mai 2014 von Bund und Ländern in Konstanz.

70

71 Zur Verhinderung von Fracking soll nach dem Willen der Minister künftig eine verpflichtende
72 Umweltverträglichkeitsprüfung im Bergrecht verankert werden. Außerdem soll nach den Worten von
73 Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) das Wasserhaushaltsgesetz so geändert werden, dass
74 bundesweit große Wasserschutzzonen entstehen, in denen es kein Fracking geben darf - etwa bei
75 Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee, bei Talsperren, in Naturschutzgebieten, aber auch bei privaten
76 Mineralquellen oder Brunnen von Brauereien. Dadurch entsteht ein faktisches Moratorium, was wir sehr
77 begrüßen.

78

79 Oder um es abschließend mit Frank Schwabe, dem stellvertretenden umweltpolitischen Sprecher der SPD-
80 Bundestagsfraktion zu sagen: „Mit der SPD wird es kein Fracking mit wassergefährdenden Stoffen geben. Falls
81 die Gaswirtschaft mit reinem Wasser fracken kann, aber nur dann, könnten wir das im Feldversuch überprüfen.“

82

83